

Konsens in Frage gestellt!

Hamburg, 31. Januar 2018

Auf der Pressekonferenz zur Prognose und Planung 2018 für Erstaufnahmen und Folgeunterkünfte des Zentralen Koordinierungsstabes für Flüchtlinge (ZKF) vom 19.01.2018 hat der Leiter, Anselm Sprandel, festgestellt: „So, wie die Volksinitiative aufgetreten ist und auftritt und auch wie diese Kompromisse nachher gestrickt worden sind, sind sie unter dem Strich zu teuer und in der Weise nicht hilfreich gewesen.“¹ Damit

- **stellt der ZKF den Konsens** der Stadt mit der Volksinitiative „Hamburg für Gute Integration“ **in Frage!**

Die Aussage Sprandels ist eine öffentliche Aufkündigung des Konsenses. Der Konsens mit der Volksinitiative wurde nach langen und intensiven Verhandlungen im Sommer 2016 durch die Regierungsfractionen in der Bürgerschaft beschlossen und die Bürgerverträge von Olaf Scholz und Senatsvertretern unterzeichnet. Was nun den obersten Flüchtlingsbeauftragten der FHH dazu getrieben hat diese Einigung in Frage zu stellen bleibt sein Geheimnis.

Der Konsens mit der Volksinitiative setzt auf die Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt statt auf Ghettos – eine Investition, die sich in Integration auszahlt. Die Kernforderung der Volksinitiative und ein zentrales Element der Einigung ist, dass der Erfolg der Integration ins Zentrum aller Bemühungen gestellt wird. Dies spiegelt sich in der Vereinbarung, dass die Flüchtlinge in kleinen Einheiten dezentral über die Stadt verteilt untergebracht werden sollen. Wenn nur ausgerechnet der ZKF über Kosten lamentiert, werden die vielfach hören Folgekosten von misslungener Integration² einfach ausgeblendet. Daraus lässt sich schließen:

- **Das ZKF verliert die Aufgabe der Integration von Flüchtlingen völlig aus dem Blick!**

Was wäre ein Erfolg gewesen?

- Die Zahl der geplanten und realisierten ÖRU Standorte wäre signifikant gegenüber den Planungen von 2016 angestiegen und die schon lange in den Erstaufnahmen hängenden Anspruchsberechtigten hätten einen Platz gefunden.
- Für die Integration wird erreicht, dass mindestens 15% aller Flüchtlinge 2018 eine Wohnung in Hamburg finden, die auch nach dem im Konsens vereinbarten Verteilungsschlüssel optimal für die Integration geeignet ist.

O-Ton:

Klaus Schomacker (IFI/HGI):

„Ein Blick in den Vortrag der Volksinitiative vom 22. April 2016 im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration im Rathaus hätte Anselm Sprandel gezeigt, welche Möglichkeiten er gehabt hätte kostengünstiger und mit einer besseren Chance auf Integration die Unterbringung von Flüchtlingen zu gestalten. Dezentralisierte Unterbringung in normalen Wohnungen im ¼ Mix. Das hätte den Bau sehr vieler öffentlich rechtlicher Unterkünfte eingespart. Seine Haltung empfiehlt ihn sicherlich nicht für eine Leitung einer „Zentralen Koordinierungsstelle für Integration (ZKI), wie sie im Bürgervertrag fest vereinbart ist.“

www.gute-integration.de

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55 / klaus.schomacker@t-online.de

¹ Herr Sprandel, Leiter der Zentralen Koordinierungsstelle für Flüchtlinge, in der Pressekonferenz am 19.01.2018

² Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland, Tobias Fritschi (BASS), Ben Jann (ETH Zürich), BASS 2007